

Interview

„Die Frauen leben immer in Angst“

Spitzenpolitikerin Margot Wallström kämpft gegen sexuelle Verbrechen an der Zivilbevölkerung in Konfliktgebieten.

VON MARGARETHA KOPEINIG
NEW YORK

Mit Neugierde, offenem Blick und Geradlinigkeit hat Margot Wallström bisher sämtliche Topjobs gemeistert (siehe Kasten unten). Seit Beginn dieses Jahres ist die Schwedin UNO-Sonderbeauftragte zur Bekämpfung von sexueller Gewalt in Konfliktgebieten. Ihre Botschaft ist klar: „Vergewaltigung als Kriegswaffe ist nicht entschuldigbar durch Kultur oder Tradition. Es ist ein Verbrechen, und das muss verfolgt werden.“



Margot Wallström auf Visite im Ost-Kongo: Die UNO-Beauftragte (Mitte) hört Frauen zu, die im Sommer Opfer sexueller Gewalt von Soldaten waren

KURIER: Frau Wallström, was kann man von der UNO erwarten, wenn unter den Blicken von Blauhelmen Frauen vergewaltigt werden – oder wie in Srebrenica – die Zivilbevölkerung ermordet wird?

Margot Wallström: Das ist ein großer Fehler, dafür gibt es keine Entschuldigung, wir können es nur besser machen. Ich will, dass die UNO alle Instrumente und Möglichkeiten anwendet, solche Verbrechen zu verhindern. Es geht darum, internationales Recht und Gesetze zum Schutz von Frauen und der Zivilbevölkerung durchzusetzen. Es geht um Menschenrechte. Hier sind auch die nationalen Regierungen

gefordert. Erst 20 Länder haben die entsprechenden Resolutionen umgesetzt.

Die Vergewaltigungen Hunderter Frauen im Kongo diesen Sommer haben die Welt erschüttert. Wie geht es den betroffenen Frauen jetzt?

Sie sind extrem betroffen und sehr arm. Die Frauen leben immer in Angst. Es gibt medizinische und humanitäre Hilfe. Sicherheit für Frauen gibt es aber nur dann, wenn es Frieden gibt.

Hat die UNO Sanktionsmöglichkeiten?

Leider nein. Es ist nicht so wie in der EU, wo es den Eu-

ropäischen Gerichtshof gibt. Uns bleiben nur verbale Urteile.

Sie waren in der Kommission für Kommunikation zuständig. Wer hat die bessere PR-Strategie: EU oder UNO?

Man kann es nicht vergleichen. Die EU musste in 23 Amtssprachen kommunizieren. Ich glaube, die UNO macht es besser, weil sie – trotz Verfehlungen – in der Öffentlichkeit durch ihre Friedenseinsätze ein positives Image hat. Die Wahrnehmung der EU-Kommission ist überwiegend negativ.

Sie haben in Ihrer Karriere viele Bürokratien erlebt: Welche ist am schlimmsten?

Wir brauchen Bürokratie, gerade bei einer Melange von Kulturen. Regeln sind der Kitt unseres Funktionierens. Bürokratie dient den Menschen, sie schützt uns auch.

Verfolgen Sie noch die Politik der EU?

So wie jeder interessierte Bürger. Ich widme mich voll meiner neuen UN-Aufgabe.

Margot Wallström: eine Frau mit Ehrgeiz

Geboren 28. September 1954

Karriere Nach der Matura folgte der Einstieg in die Politik: Zuerst Abgeordnete der schwedischen Sozialdemokraten; von 1988–1998 verschiedene Ministerämter. 2000–2009 EU-Kommissarin, erste Vizepräsidentin der Kommission. Jetzt UNO-Topjob.



Lob und Tadel im Warteraum der EU

Brüssel – Kommission legt Prüfberichte über Erweiterungsländer vor

Für die Staaten Süd- und Südosteuropas ist diese Woche ein wichtiger Stichtag: Die EU-Kommission legt am Dienstag ihre jährlichen Berichte über die Fortschritte der Staaten vor, die in die EU drängen.

Derzeit gibt es vier offizielle Beitrittskandidaten: Kroatien, die Türkei, Mazedonien und Island. Montenegro wird fünfter Kandidat. Den übrigen Balkanländern hat die EU 2003 eine „Beitrittsperspektive“ eingeräumt.

Laut den Informationen, die bereits im Vorfeld durchgesickert sind, wird es am Dienstag Lob und Tadel Brüssels für die Länder im Warteraum der EU geben.

Kroatien, das dem EU-Beitritt am nächsten ist, darf mit einem positiven Prüfbericht

rechnen. In der Vorwoche wurden weitere drei Verhandlungskapitel geschlossen, zehn von 35 sind noch offen. Kroatiens Regierungschefin Jadranka Kosor hofft, dass der Beitrittsvertrag noch im ersten Halbjahr 2011 unterzeichnet werden kann.

Auf Kurs Neben Kroatien ist Island ebenfalls auf sehr gutem Beitrittskurs.

Dagegen ist Mazedoniens Verhandlungsstart nach wie vor wegen des Namensstreits mit Griechenland blockiert.

Die Türkei muss mit gehöriger Kritik aus Brüssel rechnen: Trotz einiger Fortschritte komme die Türkei bei den Grundrechten nicht voran, heißt es – besonders bei Meinungsfreiheit und der Freiheit der Medien.

Vor der Aufnahme als offizieller Beitrittskandidat steht Serbien. Belgrad erhält in Kürze den EU-Fragebogen, von dessen Antworten der Kandidatenstatus und in Folge der Start der Beitrittsverhandlungen abhängen.

Von Montenegro fordert die EU „zusätzliche Anstrengungen“, die Korruption zu entscheiden zu bekämpfen. Kritik, viel zu wenig gegen die organisierte Kriminalität zu unternehmen, wird es für die meisten Balkanstaaten geben. Bei Albanien, Bosnien-Herzegowina und dem Kosovo dürfte sie aber besonders massiv ausfallen.

Bilanz der EU-Kommission: In einigen Kandidatenländern habe der Reformeifer stark nachgelassen.

– Otto Klambauer

Erwartungen und versprechen viel, sie können es aber nicht immer einlösen, weil sie Kräften ausgesetzt sind, die stärker sind als sie selbst. Das sagen die Politiker aber nie, sie erwähnen auch die EU nicht. Politische Leader sollten Werte diskutieren, das, was Menschen berührt.

In Europa werden rassistische Tendenzen stärker, Zuwanderung wirkt bedrohend, rechtsradikale Parteien gewinnen an Zulauf. Was kann man dagegen tun?

Man kann diesen Tendenzen nur mit Fakten und besseren Argumenten entgegenreten. Man darf diese Entwicklung nicht verharmlosen oder ignorieren und hoffen, sie verschwindet von selbst. Es darf kein Arrangement mit dem falschen Denken geben.

Sie kämpfen für Frauenrechte. Es gibt immer noch große Unterschiede bei Gehältern. Ist die Gleichstellungspolitik gescheitert?

Wir können es uns nicht länger leisten, in Frauen nicht stärker zu investieren. Es ist eine ökonomische Verschwendung, Frauen nicht zu unterstützen. Das wäre eine schlechte Politik für die ganze Gesellschaft. Frauen müssen auch dort sitzen, wo Entscheidungen fallen.

Es hat sich aber die Haltung der Menschen gegenüber den Politikern verändert.

Inwiefern?

Kein Politiker in der EU kann etwas allein entscheiden. Sie sind total abhängig, was in der EU oder global passiert. Politiker wecken

LESEN. TESTEN.
DAS HAB' ICH VOM KURIER

4 WOCHEN GRATIS TESTEN
kurierabo.at

Helmut Brandstätter
DR. HELMUT BRANDSTÄTTER
KURIER-Chefredakteur

Dr. Helmut Brandstätter, Chefredakteur des KURIER. Er hat die Erfahrung. Und er ist bereit, sich Ihnen zu stellen. Lesen Sie. Testen Sie. Jetzt den KURIER 4 Wochen gratis testen. Nähere Infos auf kurierabo.at